

im Berichtsjahre in einigen Fällen prozessiert, weil es uns auf die Klärung grundsätzlicher Fragen, z. B. über Zugaben, oder auf die Verfolgung ganz besonders schwerwiegender Fälle ankam. Die erstrebenswerte und unbedingt zu fordernde Regelung ist aber eine Gesetzgebung, die ohne weiteres den öffentlichen Ankläger auf den Plan ruft, wenn die Unlauterkeit überhandnimmt. Diese Gefahr besteht. Das zeigen mit aller Deutlichkeit die zahlreichen Artikel und Klagen in den Verbandszeitschriften. Zu verschiedenen Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb liegen Anträge beim Reichstag vor. Man braucht ihnen nicht in allem zuzustimmen, und sicher werden sie in der gegenwärtigen Formulierung auch nicht ins Plenum kommen. Die mit ihnen verfolgte Absicht muß aber jeder billigen, dem es ernst damit ist, daß unser Wirtschaftsleben von den Schlägen der Nachkriegs- und Inflationsjahre wieder frei wird.

Über das Kartellgesetz, seine Schwächen und seine Revisionsbedürftigkeit haben eingehende Auseinandersetzungen stattgefunden. Abgesehen von der umfangreichen Literatur, die gerade im Berichtsjahr erschienen ist, hat sich der deutsche Juristentag auf der Salzburger Tagung auf das eingehendste mit der Materie befaßt. Leider zielen diese Erörterungen hauptsächlich auf das juristisch-dogmatische ab, während es nach unserer Meinung mehr auf das wirtschaftlich-praktische ankommen sollte. Das Kartellgesetz ist für — viele werden geneigt sein zu sagen gegen — die Wirtschaft geschaffen. Eine eingehende Betrachtung, wie sich das Gesetz bisher in wirtschaftlicher Hinsicht ausgewirkt hat, ist uns bisher nicht bekannt geworden. Wir halten neben mancherlei anderen Forderungen daran fest, daß der § 9 in seiner jetzigen Fassung wirtschaftsfeindlich und wirtschaftsschädlich ist. Es muß genügen, eine Vorschrift zu erlassen, die lediglich Auswüchse und Mißbräuche verhindert.

An dieser Stelle mögen noch zwei bereits in Kraft befindliche Gesetze Erwähnung finden, deren Auswirkung für den Buchhandel von ganz besonderem Interesse ist. Das eine ist das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Es besteht jetzt über zwei Jahre. Trotzdem läßt sich ein abschließendes Urteil über seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit noch nicht fällen. Der Reichsverband Deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler forderte in seiner letzten Hauptversammlung die Aufhebung, da er im Gesetz eine unzulässige Bevormundung weiter Volkskreise erblickt. Jugenderzieher und Jugendbildner halten dagegen die Fassung des Gesetzes noch nicht einmal zum wirklichen Schutz der Jugend für ausreichend. Führende Persönlichkeiten, die sich den Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur zur Lebensaufgabe gesetzt haben, sind der Meinung, der Umfang der minderwertigen Schriften habe trotz des Gesetzes zugenommen; die Erfahrungen der Vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse gehen jedoch dahin, daß diese Art der Literatur unter den Schulkindern nicht mehr so stark verbreitet ist. Die Frage, ob der mit der Anwendung des Gesetzes verbundene Aufwand die Mühe überhaupt lohnt, kann eben nach einer verhältnismäßig so kurzen Geltungsdauer des Gesetzes noch nicht beantwortet werden.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat den Börsenverein im Berichtsjahr nur wenig beschäftigt, obwohl man bei seinem Erlaß seitens mancher Firmen schwere Gefahren befürchtete. Ein gegen eine Mitgliedsfirma eingeleitetes Verfahren wurde von der Oberstaatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, daß die Erteilung von Ratschlägen zur Selbstbehandlung in Büchern zwar verboten, jedoch nicht unter Strafe gestellt sei. Im Berichtsjahre sind uns Verbote von Büchern nicht bekannt geworden. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß die vorhandene einschlägige Literatur entweder überhaupt nicht unter das Gesetz fällt oder in den neuen Auflagen den Anforderungen des Gesetzes ohne Schwierigkeiten angepaßt worden ist.

#### Urheberrecht.

Nach fast zwanzigjähriger Pause hat im Mai 1928 in Rom zum ersten Male wieder eine internationale Staatenkonferenz mit dem Ziele einer Revision der Berner Übereinkunft getagt. Die Änderungen und Ergänzungen haben nicht das von manchem

erwartete Ausmaß erreicht, aber es ist zu bedenken, daß das Erfordernis der Einstimmigkeit bei 34 vertretenen Unionsstaaten jede Abänderung außerordentlich erschwert. Jedenfalls muß die Konferenz mit ihren Auswirkungen als das wichtigste Ereignis auf urheberrechtlichem Gebiete während des Berichtsjahres angesehen werden.

Zu einer Einigung über die wesentlichsten Punkte, nämlich die Vereinheitlichung der Schutzfrist und die Aufgabe der Vorbehalte, die die Einheitlichkeit stören, ist es nicht gekommen. In der Schutzfristfrage war der Gegensatz zwischen den Anhängern der dreißigjährigen und fünfzigjährigen Schutzfrist nicht zu überbrücken, auch nicht durch einen Vermittlungsvorschlag, den die deutsche Regierung im Interesse der Einheitlichkeit machte, nämlich die fünfzigjährige Schutzfrist nach englischem Muster, also mit *domaine public payant* vom 26. oder auch 31. Jahre ab, einzuführen. Die deutsche Kommission hat diesen Vorschlag aber nur unter der Voraussetzung gemacht, daß sämtliche Verbandsstaaten ihre Vorbehalte fallen lassen und diesen Vorschlag annehmen, und daß durch eine ausdrückliche Bestimmung des neuen Unionsvertrages festgestellt werde, daß auch die Zeit der gesetzlichen Lizenz Urheberrechtsschutzfrist sei. Die Schweiz und Österreich haben sich dem deutschen Standpunkt angeschlossen; Japan aber hält an der dreißigjährigen Schutzfrist fest, Norwegen will sogar zu ihr zurückkehren.

Die Berner Konvention ist lediglich an einigen weniger wichtigen Punkten geändert worden. Selbstverständlich war es, daß die Konferenz eine Bestimmung über das Funkrecht bringen mußte. Der neu eingeführte Artikel 11 a bestimmt aber nur, daß den Urhebern von Werken der Literatur und Kunst das ausschließliche Recht zusteht, die öffentliche Mitteilung ihrer Werke durch den Rundfunk zu gestatten. Der inneren Gesetzgebung der Verbandsländer bleibt es dagegen vorbehalten, weitergehende Einschränkungen zu treffen, sofern dadurch nicht das Urheberpersönlichkeitsrecht und das Recht auf angemessene Vergütung beeinträchtigt wird. Damit ist den Verbandsländern die Möglichkeit gelassen, für Rundfunkaufführungen die Zwangslizenz einzuführen.

Weiterhin ist ein neuer Artikel 6 a eingefügt worden, der das in den deutschen Gesetzen bereits enthaltene *droit moral* (Urheberpersönlichkeitsrecht) zum Gegenstande hat. Danach steht dem Urheber auch nach Übertragung der Urheberrechte die Befugnis zu, die Urheberschaft am Werke für sich in Anspruch zu nehmen und jeder Entstellung, Verstümmelung oder sonstigen Änderung des Werkes entgegenzutreten.

Für den Buchhandel bedeutsam ist auch die Änderung des Artikels 9, nach dessen neuer Fassung aktuelle Artikel aus dem Bereiche der Wirtschaft, der Politik und der Religion durch die Presse abgedruckt werden können, wenn die Wiedergabe nicht ausdrücklich untersagt worden ist. Dieses Abdruckrecht ist also nicht auf die in Zeitungen ohne Vorbehalt erschienenen Aufsätze beschränkt, sondern ist damit auch ausgedehnt auf aktuelle Artikel, die in Broschürenform im Buchverlag erscheinen.

Sowohl in Vorbereitung der Romkonferenz wie auch hinterher war es notwendig, in Sitzungen des Urheberrechtsausschusses zu den vorliegenden Fragen Stellung zu nehmen. An einigen davon nahm unser Ehrenmitglied, Herr Robert Voigtländer teil, und stellte uns seinen oft erprobten Rat zur Verfügung. Er hat sich nun nach einem an Arbeit und Erfolg reichen Leben in den Ruhestand zurückgezogen und dabei dem Börsenverein das Verlagsrecht an seinen auf urheberrechtlichem Gebiete erschienenen Arbeiten, insbesondere an seinem bedeutenden Kommentar, zugedacht. Den Dank, welchen wir Herrn Voigtländer bereits zum Ausdruck gebracht haben, möchten wir an dieser Stelle wiederholen. Die Dienste Robert Voigtländers für den Buchhandel gehören dessen Geschichte an; was er auf dem Gebiete des Urheberrechts geleistet hat, reiht ihn ein unter die führenden Männer auf diesem Rechtsgebiete.

Um die Schutzfristfrage ist es ruhig geworden, wenn auch die alten Gegensätze unausgeglichen fortbestehen. Eine Kompromißlösung nach Maßgabe des englischen Systems wird zunächst wohl von allen Seiten abgelehnt, zumal Frankreich nicht geneigt zu sein scheint, die Lizenzfrist als echte Schutzfrist an-